



Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freundinnen und Freunde im Wahlkreis Gifhorn-Peine,

die Infektionszahlen sinken, die Impfzahlen steigen. Zahlreiche Bundesländer öffnen Kindergärten und Schulen für den Präsenzunterricht — nach Monaten der Einschränkungen. Geschäfte und Gaststätten können wieder Kunden empfangen. Unsere Lebensqualität kehrt Schritt für Schritt zurück. Endlich. Gleichzeitig müssen wir gemeinsam wachsam bleiben. Um auch über den Sommer hinaus jederzeit schnell handlungsfähig zu sein, hat der Bundestag in dieser Woche die „epidemische Lage von nationaler Tragweite“ um bis zu drei Monate verlängert. Dies ist aber nicht gleichbedeutend mit weiteren Einschränkungen — der Beschluss ist in erster Linie Grundlage dafür, dass die Exekutiven bei Bedarf Regelungen treffen können. Und dass diese Handlungsfähigkeit notwendig sein kann, zeigen uns die aktuellen Ausbrüche in einigen britischen Regionen. Verlängert haben wir auch die wirtschaftlichen Hilfen für Arbeitnehmer und Unternehmen (Kurzarbeitergeld, Überbrückungshilfe).

Ein anderes Thema der letzten Tage: Am Samstag, dem 5. Juni 2021, kam die CDU Niedersachsen zusammen, um ihre Landesliste für die Bundestagswahl aufzustellen. Erstmals werden wir mit einem „Team Niedersachsen“ aus Silvia Breher und Dr. Hendrik Hoppenstedt in den Bundestagswahlkampf ziehen. Die Entscheidung Silvia Brehers, auf dem letzten Platz der Liste zu kandidieren, war ein toller Akt von Solidarität: Es ermöglicht weiteren Frauen den Einzug in den Deutschen Bundestag. Ich persönlich wurde auf Platz 12 der Liste platziert. Für meinen Wiedereinzug ins Parlament verspricht das keine Sicherheit. Umso mehr Herzblut werde ich, hoffentlich mit Ihrer Unterstützung, in den Kampf um das Direktmandat stecken.

Im Plenum des Deutschen Bundestages haben wir in dieser Woche mehrere Gesetzentwürfe zur nationalen Umsetzung der Gemeinsamen Agrarpolitik der EU (GAP) beschlossen. Dies war wichtig, um Planungssicherheit für die Landwirtinnen und Landwirte sicherzustellen. Bedauerlicherweise weisen die Entwürfe einige Schwachstellen auf, weswegen ich eine persönliche Erklärung abgegeben habe. Mehr dazu lesen Sie auf der kommenden Seite.

Mit freundlichen Grüßen
Ihre und Eure



Bericht aus Berlin

GAP-Umsetzung beschlossen — mit Bauchschmerzen

Am Donnerstag stimmte ich mehreren Gesetzentwürfen zur nationalen Umsetzung der Gemeinsamen Agrarpolitik der EU (GAP) zu, damit die Agrarzahlungen und die Umweltmaßnahmen pünktlich zu Beginn des Jahres 2023 starten können. Dies ist im Sinne der landwirtschaftlichen Betriebe, der ländlichen Räume sowie des Umwelt- und Klimaschutzes. Allerdings sehe ich kritische Punkte, die insbesondere intensive Milchviehbetriebe in den niedersächsischen Grünlandregionen mit ihren Moorstandorten und EU-Vogelschutzgebieten betreffen. Aus meiner Sicht bedürfte es einer sogenannten gesetzlichen „Unberührtheitsregelung“ für eine Bodenbearbeitung zur Grasnarbenerneuerung, um die Futtererträge und -qualitäten in der Milchviehfütterung zu erhalten. Zu begrüßen ist an dieser Stelle die behördliche Ausnahmemöglichkeit im Einzelfall. Die pauschale Ausweitung von Pflugverboten für Dauergrünland in EU-Vogelschutzgebieten halte ich für überzogen, weil sie zu hohen wirtschaftlichen Einbußen für die betroffenen Betriebe führt. Besonders bedauerlich ist das Fehlen einer Ökoregelung für Grünland-Milchviehbetriebe. Leider war eine entsprechende Forderung der CDU/CSU-Fraktion an der ablehnenden Haltung des Koalitionspartners gescheitert. Es ist insgesamt sehr bedauerlich, dass die oben genannten Schwachstellen in den parlamentarischen Beratungen nicht mehr gelöst werden konnten. Die nun beschlossenen Gesetzentwürfe lassen jedoch nach Abschluss der europäischen Trilog-Verhandlungen noch Spielraum für Anpassungen, Ergänzungen und zusätzliche Verordnungen. Ich appelliere an dieser Stelle an die Bundesregierung, dass sie die oben aufgeführten Punkte berücksichtigt und die Öko-Regelungen noch dergestalt ausformuliert, dass sie praxistauglich und für möglichst alle Landwirtinnen und Landwirte leistbar sind, damit die finanziellen Mittel auch abgerufen werden können.

Wichtige Erleichterungen für Vereine

Ich freue mich sehr, dass wir als CDU/CSU-Bundestagsfraktion erhebliche Verbesserungen für Vereine erreichen konnten: Das Transparenzregister wird automatisch mit den vorliegenden Daten aus dem Vereinsregister befüllt werden. Das ist eine erhebliche Erleichterung für alle Ehrenamtlichen. Darüber hinaus wird es nun Vereinfachungen bei der Gebührenbefreiung, um die es in letzter Zeit viel Unmut gegeben hat, geben. Bis zum Jahr 2024 bleibt zwar eine einmalige Antragstellung auf Befreiung notwendig. Der Bundesanzeiger soll aber proaktiv die Vereinsvorstände anschreiben und ein Musterschreiben zur Befreiung mitschicken. Vereine werden nun automatisch ins Transparenzregister eingetragen und der Bund trägt die Registergebühren für befreite Vereine. Ab 2024 entfällt dann die Antragstellung auf Gebührenbefreiung gänzlich.



Bericht aus Berlin

Weiteres aus dem Plenum

Gesetz zur ganztägigen Förderung von Kindern im Grundschulalter. Der Gesetzentwurf regelt den Rechtsanspruch auf Ganztagsförderung im Grundschulalter. Dieser Rechtsanspruch soll im Sozialgesetzbuch VIII verankert werden und wird in einem gestuften Verfahren beginnend zum 1. August 2026 in Kraft treten. Er soll zunächst für Grundschulkinder der 1. Klasse gelten und wird in den Folgejahren um je eine Klassenstufe ausgeweitet. Für Investitionen in den quantitativen und qualitativen Ausbau dieser ganztägigen Bildungs- und Betreuungsangebote werden vom Bund allein insgesamt 3,5 Mrd. Euro zur Verfügung gestellt. Der Bund beteiligt sich mit einer Förderquote von höchstens 50 Prozent am Gesamtvolumen des öffentlichen Finanzanteils der Ausgaben eines Landes. Zudem wird eine Bundesbeteiligung an den Betriebskosten festgelegt. Die Betriebskostenbeteiligung wächst im Jahr 2030 auf 960 Mio. Euro auf. Wir bringen damit das zentrale Vorhaben in dieser Legislaturperiode für Familien und Grundschulkinder auf den Weg, das Grundschulkindern eine gute Nachmittagsbetreuung ermöglicht und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessert. Ich weiß, dass wir den Kommunen Einiges zumuten, hoffe deshalb, dass das Land seinen Anteil an der Förderung auch leistet.

Gesetz zur Stärkung des Verbraucherschutzes im Wettbewerbs- und Gewerberecht. In zweiter und dritter Lesung verabschiedeten wir einen Gesetzentwurf zur Umsetzung des EU-Pakets für Verbraucher. Hierzu nehmen wir Anpassungen im Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb vor. Zukünftig werden strengere Regeln zum Schutz von Teilnehmerinnen und Teilnehmern von Kaffeefahrten gelten. Neben weiteren Regelungen verbessert der Entwurf ferner die Verlässlichkeit und Transparenz von Rankings und Verbraucherbewertungen im Internet.

Gesetz zur Weiterentwicklung der Gesundheitsversorgung. Wir verbessern weiter die Qualität der Versorgung der Versicherten bei Krankenhausbehandlungen. Leistungen für die Versicherten sollen ausgeweitet werden, indem beispielsweise der Anspruch auf Einholung einer Zweitmeinung für planbare Eingriffe erweitert wird. Ambulante und stationäre Vorsorgeleistungen in anerkannten Kurorten sollen in Pflichtleistungen der gesetzlichen Krankenversicherung umgewandelt werden. Für die Behandlung von Adipositas ist ein neues, strukturiertes Behandlungsprogramm vorgesehen. Weiterhin soll die Koordination in Hospiz- und Palliativnetzwerken gefördert werden. Auch die ambulante Notfallversorgung wird durch ein einheitliches Ersteinschätzungsverfahren im Krankenhaus entlastet. Zusätzlich wird die Pflegeversicherung in Teilen reformiert, womit insbesondere gesichert werden soll, dass Pflegekräfte nach Tarifverträgen bezahlt werden.

Einen Überblick über die rund 30 Stunden des [Plenarbetriebs diese Woche finden Sie hier](#).



Bericht aus Berlin

Impressionen



Mit dem „Team Niedersachsen“ ziehen wir
in den Bundestagswahlkampf.



Der CDU Kreisverband Peine hat seinen
75. Geburtstag gefeiert.



Am 2. Juni beschäftigte ich mich vor Ort mit der Problematik der geplanten
Trassenführung und Schaltanlage zwischen Köchingen und Liedingen.



Bericht aus dem Wahlkreis

LEE Branchentag mobil – Zur Zukunft der erneuerbaren Energien

Passend zum in der vergangenen Woche windigen Wetter veranstaltete der Landesverband Erneuerbare Energien Niedersachsen Bremen e. V. (kurz: LEE) seinen mobilen Branchentag 2021 bei der Firma WindStrom in Alvesse, bei dem ich zu Gast sein durfte.

Über den aktuellen Stand und die Herausforderungen des Ausbaus der erneuerbaren Energien in unserem Land diskutierten Bundes- und Landespolitiker verschiedener Parteien mit Praktikern aus dem Geschäftsfeld. Insbesondere die schleppenden Genehmigungsverfahren und die oft vielfältigen Auflagen machen es den Betreibern von Windparks, Solar- und Biogasanlagen nicht gerade leicht, ihr Geschäftsfeld auszubauen. Auch die neuartige Wasserstofftechnologie als Energie-lieferant war Thema des Gesprächs zwischen dem niedersächsischen Umweltminister Olaf Lies (SPD), dem Braunschweiger Bundestagsabgeordneten Carsten Müller MdB (CDU), der grünen Energiesprecherin Julia Verlinden MdB und dem Generalsekretär der FDP Niedersachsen Konstantin Kuhle MdB.



Mit Sven Stölzel von der Firma WindStrom und Silke Weyberg, Geschäftsführerin LEE.

Förderung vom Bund für den Rathauspark in Meinersen

Nach der Stadt Gifhorn, die für ihr Projekt zwischen Nicolai-Kirche und Schlosssee bereits 585.000 Euro erhalten hat, ist nun Meinersen am Zug. Mit den Fördermitteln aus dem Programm des Bundes soll der historische Rathauspark fit für die Zukunft gemacht werden und so ein Beitrag zur CO2-Minderung und Klimaanpassung unserer Umwelt geleistet werden. Dafür soll eine Nach- und Neupflanzung von Bäumen in einzelnen Park-Abschnitten stattfinden.

Wir müssen der Natur helfen, Wasser zu speichern. Denn auch bei uns steht es nicht mehr endlos zur Verfügung. Auch im eigenen Garten oder auf unserem Hof müssen wir das immer wieder feststellen.



**Sprechen Sie uns an —
wir sind gerne für Sie da!**

Kontakt/Impressum

Ingrid Pahlmann MdB

Bundestagsbüro Berlin

Deutscher Bundestag
Platz der Republik 11, 11011 Berlin
Telefon: 030 227-72341
Fax: 030 227-76067
E-Mail: ingrid.pahlmann@bundestag.de

Wahlkreisbüro Gifhorn

Steinweg 5, 38518 Gifhorn
Telefon: 05371 740 69 28
Fax: 05371 937 38 74
E-Mail: ingrid.pahlmann.ma04@bundestag.de
Ansprechpartner: Frederick Meyer

Wahlkreisbüro Peine

Freiligrathstraße 4, 31224 Peine
Telefon: 05171 769 92 49
Fax: 05171 150 34
E-Mail: ingrid.pahlmann.ma05@bundestag.de
Ansprechpartnerin: Ann-Marie Klaas



Copyright

Bilder:

Kopfzeile S. 2-4: Deutscher Bundestag/Simone M. Neumann; Deutscher Bundestag/Achim Melde
Kopfzeile S. 5: Altes Rathaus Peine: Losch/commons.wikimedia.org; privat; Schloss Gifhorn:

© Anne Bermüller/pixelio.de

Kopfzeile S. 6: Deutscher Bundestag/Simone M. Neumann
Alle weiteren Bilder privat.